

Runder Tisch arbeitet Radikalenerlass auf

Manche der Betroffenen leben in Armut und fordern Entschädigung

VON JULIA GIERTZ

Baden-Baden – Klaus Lipps ist ein typischer Vertreter der 68er-Generation: In Abgrenzung zu seinem nationalsozialistischen Vater suchte der heute 73-Jährige als junger Mann sein Heil in politisch linken Gruppierungen, erst im Sozialistischen Deutschen Studentenbund, dann in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Obwohl solche Mitgliedschaften damals in vielen Fällen zum Berufsverbot führten, kann Lipps heute auf eine fast lückenlose Lehrer-Laufbahn zurückblicken. 2006 erhielt der Oberstudienrat zur Pensionierung eine Urkunde mit „Dank für 40 Jahre treue Dienste“.

„Ich bin in dieser Hinsicht eine Ausnahme“, sagt der Sprecher der Initiative „40 Jahre Radikalenerlass“. Er nahm mit weiteren Betroffenen gestern am Runden Tisch der Fraktionen von Grünen und SPD im Landtag Platz. In den 1970er-Jahren konnte nur Beamter sein und werden, wer für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintrat.

Folge waren laut Initiative 11 000 offizielle Berufsverbotsverfahren, mehrere Hundert davon im Land. Zwei Versuche der Behörden, ihn aus dem Schuldienst zu entfernen, hat der Sport-, Französisch- und Mathelehrer vor Gericht abgewehrt. „Die meisten haben aber ihre Prozesse verloren.“ Viele davon hätten keinen anderen vernünftigen Beruf ergriffen und lebten heute in Altersarmut. Für jene sei eine rasche finanzielle Entschädigung wichtig. Neben Pädagogen wie Lipps haben die Berufsverbote im öffentlichen Dienst auch Universitätsmitarbeiter und Wasserbauingenieure getroffen. „Es gab sogar einen Friedhofsmitarbeiter, der als DKP-Mitglieder keine Gräber mehr ausheben durfte“, erzählt Lipps.

Er ist noch immer überzeugt, dass seine 1988 aus internen Gründen beendete Mitgliedschaft in der nicht verbotenen Partei mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu vereinbaren war. Da sei er anders als Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), der mit seiner

linken Vergangenheit gebrochen hat. Kretschmann war Mitte der 70er-Jahre als angehender Referendar im Schuldienst vom Berufsverbot bedroht, weil er Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschland war. Von seiner radikalen Vergangenheit distanzierte sich der Grünen-Politiker jüngst öffentlich. Er halte es für gerechtfertigt, dass der Staat Zweifeln an der Verfassungstreue angehender Beamter nachgehe.

Nach Auskunft des Mitinitiatoren des Runden Tisches, Uli Sckerl (Grüne), wurde die Regelanfrage beim Verfassungsschutz im Südwesten mit am längsten praktiziert. Dass das Land erst 1991 auf sie verzichtete, führt der Landtagsabgeordnete auf den Kontext ihrer Einführung zurück. „In den Jahren nach dem RAF-Terror war die Besorgnis um die öffentliche Sicherheit im Südwesten ebenso groß wie die Abwehrhaltung gegen mögliche Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst.“ Insbesondere unter der Regierung von Hans Filbinger (CDU) von 1966 bis 1978 ergingen zahlreiche Berufsverbote.